

Kooperationsvereinbarung

zwischen der

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Unterbezirk Potsdam

und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Potsdam

und

DIE LINKE.
Kreisverband Potsdam

für die

Wahlperiode
von 2019 bis 2024

Präambel

Uns, die Stadtverordneten der Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE eint der Wille, Potsdam gemeinsam zu gestalten.

Potsdam ist attraktiver Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum inmitten einer einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft. Die Potsdamerinnen und Potsdamer leben hier gern, immer mehr Menschen ziehen her oder gründen eine Familie. Die Stadt wächst, und wir haben einen rasanten Bevölkerungsanstieg. Das Wachstum müssen und wollen wir behutsam gestalten. Potsdam soll seinen besonderen Charme behalten, soll Heimat für alle sein können, für Alteingesessene genauso wie für Zugezogene. Es soll bezahlbar bleiben, klimagerecht, solidarisch, familienfreundlich und tolerant.

Wir, die Stadtverordneten der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE wollen ein Potsdam, das im Bewusstsein für seine Vergangenheit eine weltoffene Stadt der Toleranz ist. Das neue Potsdamer Toleranzedikt, unser breites zivilgesellschaftliches Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ und eine engagierte Willkommenskultur zeugen davon. Wir stehen dafür ein, dass das so bleibt!

Unsere Zusammenarbeit soll geprägt sein von Vertrauen, Verbindlichkeit und einer konstruktiven Dialog- und Streitkultur. In einer Zeit, in der sich die Politik einem gewachsenen Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger über politische Prozesse, Wahlversprechen und deren Umsetzung gegenüber sieht, wollen wir durch Transparenz, Verbindlichkeit und Abrechenbarkeit Vertrauen schaffen.

Die folgenden Themenkomplexe, die sich aus den Forderungen unserer Wahlprogramme herleiten lassen, sehen wir dabei als Arbeitsgrundlage an. Eine endgültige Vereinbarung über unsere politischen Ziele, kann es, da wir es mit der Verbindlichkeit ernst nehmen, erst nach einer finanziellen Untersetzung der Maßnahmen geben.

Im Rahmen der bevorstehenden Erarbeitung des Haushalts 2020/2021 und der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2024 werden wir in Kenntnis der finanziellen Möglichkeiten der Landeshauptstadt Potsdam für die kommenden Jahre eine Priorisierung, Konkretisierung und Terminierung der Maßnahmen vornehmen und diese zur Diskussion und Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung stellen.

Wir sind offen für gemeinsame Initiativen, die unseren Leitlinien entsprechen, auch über unser Bündnis hinaus und freuen uns auf eine konstruktive Arbeit aller Stadtverordneten zum Wohle unserer Stadt.

Die Kooperationspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung über eine Zusammenarbeit in Handeln umzusetzen. Die Partner wollen innerhalb einer Kooperation gemeinsam Verantwortung tragen und werden diese vornehmlich in den folgenden Themenkomplexen gemeinsam vertreten.

1. Wohnen, Stadtentwicklung, Wirtschaft

Dem Druck auf den Wohnungsmarkt kann durch Neubau allein nicht begegnet werden. Wir wollen die soziale Zusammensetzung unserer Stadt sichern, Mietenanstieg wirksam begrenzen, Vorkaufsrechte nutzen und Wohnraum für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen zur Verfügung zu stellen. Deshalb haben der soziale Wohnungsbau, eine ökologische Modernisierung und eine neue strategische Bodenpolitik der öffentlichen Hand für uns Priorität. Wir setzen hierbei insbesondere auf eine Stärkung unseres städtischen Wohnungsbauunternehmens. Zugleich wollen wir ein Gründungsklima für genossenschaftliches und gemeinwohlorientiertes Wohnen erzeugen. Wir werden alle Stadt- und Ortsteile gleichrangig entwickeln, ihre Potenziale stärken und dabei die Potsdamer Kultur- und Naturlandschaft sowie das Weltkulturerbe schützen. Für die Ansiedlungen neuer Unternehmen brauchen wir in unserer wachsenden Stadt genauso Flächen wie für den Wohnungsbau und die Verkehrswende. Für eine gute Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden werden wir uns einsetzen, um die Aufgaben in der Wachstumsregion besser bewältigen zu können.

SPD, GRÜNE und Linke verfolgen folgende Zielsetzungen und Vorhaben:

1.1. Mieten/Eigentum

Wir wollen für unsere Stadt eine breite gesellschaftliche Durchmischung aller Stadtquartiere. Alle Bevölkerungsschichten sollen sich in unseren Stadtteilen zu Hause fühlen können. Dabei wollen wir alle Stadt- und Ortsteile im Blick behalten und ihre Potentiale stärken. Wir streben ein gleichberechtigtes Wohnen von Jung und Alt, von Menschen unterschiedlicher Bildungsniveaus und Einkommensstärken an. Das kann durch die konsequente Umsetzung des wohnungspolitischen Konzepts der Landeshauptstadt Potsdam gelingen, u.a. durch folgende Maßnahmen:

- Planungsverfahren werden mit dem Ziel durchgeführt, neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und nachhaltig zu erhalten.
- Prüfung der Wirksamkeit des Potsdamer Mietspiegels und gegebenenfalls Anpassung der Kriterien.

- Prüfung von Instrumenten zur Begrenzung des Mietanstiegs bei der Pro Potsdam. Unterstützung der Pro Potsdam bei der Verwirklichung einer sozialen Mietenpolitik, der Errichtung von gefördertem sozialen Wohnungsbau sowie der Aufrechterhaltung des Anteils von 20 Prozent städtischen Wohneigentums in Potsdam.
- Wir wollen eine aktive kommunale Bodenpolitik mit einem nachhaltigen Flächenmanagement realisieren. Für soziale und Wohnzwecke streben wir Flächenankäufe an.
- Instrumente zur Begrenzung des Mietenanstiegs in privaten und öffentlichen Wohnungsmarkt weiterentwickeln und offensiv anwenden. Wir wollen den Potsdamer Wohnungsmarkt auf eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau ausrichten: Sozialerhaltungssatzungen, Milieuschutzsatzungen, Vorkaufsrechte, Erbbaupacht und Umnutzungsverbote wenden wir dazu an. Eine Milieuschutzsatzung für die Teltower Vorstadt zwischen Schlaatzstraße bis Kolonie Daheim soll als Modell verabschiedet werden.
- Moderne Wohn- und Eigentumsformen beim innerstädtischen Wohnbau sollen berücksichtigt werden, insbesondere durch die Stärkung von generationsübergreifendem, genossenschaftlichem oder vergemeinschaftetem Wohnen.
- Förderung von studentischem Wohnen durch Bereitstellung von Flächen.
- Grundsätzlich kein Verkauf von bebaubaren Flächen durch die Stadt und die städtischen Unternehmen. Ausnahmen bilden Erbbaupacht oder Konzeptvergabe.

1.2. Bauen

Potsdam hat sich zu einem hochattraktiven Wohn- und Geschäftsstandort entwickelt. Die Bevölkerungszahlen steigen weiter. Mit dem schnellen Bevölkerungszuwachs entstehen Konflikte durch erhöhte Bedarfe an Wohnungen, Infrastruktur und Mobilität. Potsdam muss das Wachstum sozialverträglich und zugleich ökologisch nachhaltig gestalten. Deshalb planen SPD, Grüne und Linke:

- das Baulandmodell unter Hinzuziehung des realen Potsdamer Demografie-Index weiterzuentwickeln.
- Wohnen, soziale und Verkehrsinfrastruktur und Gewerbe werden nur noch zeitlich parallel entwickelt und geplant.

- 30 Prozent des Wohnungsbauaufkommens soll als geförderter sozialer Wohnungsbau ausgeführt werden.
- Wir wollen ein ökologisches, wirtschaftliches und nachhaltiges Flächenmanagement. Bei Zielkonflikten sind Werkstattverfahren durchzuführen.
- Energetische Bauleitplanung gehört ab sofort in alle neuen Bauleitpläne.
- Behutsam verdichten durch Geschoss- vor Einzelbebauung. Reihengaragenflächen, Supermärkte und andere eingeschossige Gewerbebauten werden für Wohnbebauung unter Einbeziehung der Eigentümer geprüft.
- Es soll eine Funktionsanalyse zur Verdichtung und Gewinnung von öffentlichem Raum stattfinden mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger u.a. durch Werkstattverfahren.
- Neubauvorhabend sollen die landschaftliche und baukulturelle Qualität Potsdams berücksichtigen.
- (3D-)Visualisierung für stadtbildprägende Bauten werden eingesetzt.
- Die Möglichkeit von begrünten Hausdächern oder -wänden, insbesondere an städtischen Gebäuden, wird geprüft.
- Die Stellplatzsatzung überarbeiten wir und regeln dabei auch Größe, Lage und Ausstattung von Fahrradabstellplätzen.

1.3. Historische Mitte

Das weitere Baugeschehen am Alten Markt soll sich am Verfahren der Vergabe von Baufeld 3 orientieren. Die Pro Potsdam und Potsdamer Genossenschaften sollen aussichtsreich mitplanen können. Neben der damit erfolgenden Stärkung des sozialen Wohnungsbaus in Potsdam soll das Studentenwerk eine Fläche für studentischen Wohnungsbau erhalten.

Das Kunst- und Kreativquartier auf dem Areal Langer Stall/Plantage werden wir entwickeln und fördern.

1.4. Entwicklung von Krampnitz

Auch für die Entwicklung des neuen Stadtteils Krampnitz gilt: Wohnen, soziale, gewerbliche und Verkehrsinfrastruktur werden nur noch zeitlich parallel entwickelt. Es finden keine Planungen über die Zahl von zehntausend Einwohnern hinaus statt. Das Prinzip „Stadt der kurzen Wege“ wird umgesetzt. Weiterhin ist vorgesehen:

- Krampnitz wird als CO₂-neutraler Stadtteil entwickelt. Dazu zählen nachhaltige und ökologische Bauweise und energetische Bauleitplanung, die gleichzeitig sozial verträglich ist.
- Die Höhe der siebengeschossigen Hochhäuser sowie der Solitäre werden noch einmal überprüft.

2. Mobilität, Klima und Verkehr

Wir werden den Masterplan 100 Prozent Klimaschutz finanziell unterlegen und umsetzen. Mit abrechenbaren Maßnahmen wollen wir den menschengemachten Klimawandel auch auf kommunaler Ebene stoppen, den Temperaturanstieg begrenzen und den CO₂-Ausstoß senken. Unser Ziel ist es, bis spätestens 2050 CO₂-neutral zu leben und die klimaneutrale Stadt Realität werden lassen. Bei Abschreibungszyklen von zum Beispiel 30 Jahren bedeutet das, dass wir ab heute nur noch CO₂-neutrale Investitionen tätigen können. Deshalb wird Potsdam den Klimanotstand ausrufen und Beschlüsse und Maßnahmen auf ihre Klimafolgen hin überprüfen. Zur Unterstützung unserer Maßnahmen setzen wir auf unsere Kooperationen mit den wissenschaftlichen Einrichtungen vor Ort und orientieren uns an den IPCC-Berichten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Nachhaltige Mobilität ist der Weg für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung. Wir wollen eine Verkehrswende in Richtung Umweltverbund. Der öffentliche Nahverkehr ist dabei für uns das zentrale Element. Ihn werden wir ausbauen und attraktiver machen. Der Klimawandel ist eine der größten existenziellen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Im Verbund mit anderen Kommunen wird Potsdam seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

SPD, GRÜNE und LINKE verfolgen folgende Zielsetzungen und Vorhaben:

2.1. Anpassung an den Klimawandel

Den Masterplan Klimaschutz konsequent umsetzen, heißt für uns:

- Wir beauftragen die Verwaltung, uns eine Ist-Stands-Analyse vorzulegen, auf deren Grundlagen eine politische Priorisierung der Einzelmaßnahmen zur Beschleunigung der Umsetzung des Masterplans vorgenommen wird.
- Die Klimakoordinierungsstelle wird ausgebaut; die strukturelle Anbindung in der Landeshauptstadt Potsdam auf den Prüfstand gestellt.
- Eine Finanzierung von Maßnahmen und Modellvorhaben u.a. aus dem Masterplan Klimaschutz soll durch ein Haushaltsbudget erfolgen können (Klimabudget und Klimafonds).
- Neubauten und Sanierung an energetische Bauleitplanung orientieren.

2.2. Energieerzeugung und städtische Unternehmen

Unser langfristiges Ziel ist es, dass die Stadtwerke zu 100 Prozent regenerative Energie anbieten. Damit dies gelingt, planen wir:

- Stadtwerken nutzen zunehmend nicht-fossile Energien und bauen die Erzeugung eigener regenerativer Energie aus. Der Einkauf regenerativer Energie bei Dritten wird sukzessive ausgeweitet.
- Das Fernwärmenetz wird nach Maßgabe unserer Klimaziele erweitert.
- Stärkung der Position der Stadtwerke als wesentliches Element der kommunalen Daseinsvorsorge, beispielsweise durch eine attraktive und preisgünstige Tarifstruktur sowie den Erhalt des Fernwärmevorrangs in den bestehenden Versorgungsgebieten.
- Energiegenossenschaften unterstützen wir.
- Kapitalerhöhung und Rückkauf von Anteilen von städtischen Unternehmen wollen wir prüfen.
- Statt weiterer Ausgliederungen prüfen wir die schrittweise Zurückführung der Töchter in den Mutterkonzern.
- Der Klimaschutzfonds soll u.a. für den Ausbau erneuerbare Energien genutzt werden.

2.3. Verkehr und Mobilität

Wir wollen eine Verkehrswende in Richtung Umweltverbund, basierend auf den STEK Verkehr im Umweltszenario. Der öffentliche Nahverkehr ist für uns dabei das zentrale Element. Im Einzelnen planen wir folgende Maßnahmen:

- Wir setzen uns beim Land für den Ausbau der Regionalbahn-Angebote und die Reaktivierung der Stammbahn ein.
- Für den Potsdamer Norden wollen wir den raschen Ausbau für Tram, Bus und Rad und die Anbindung bis zum Bahnhof Marquardt; den Bahnhof wollen wir in diesem Zuge ausbauen.
- Wir wollen für den ÖPNV wichtige Tangentiallinien prüfen und einrichten.

- Für Potsdam wollen wir ein Konzept der autoarmen Stadt vorantreiben. Für das Gebiet der zweiten barocken Stadterweiterung wollen wir autofrei werden. Die Umsetzung dazu erfolgt bis 2024 schrittweise und mit Bürgerbeteiligung.
- Wir prüfen, wie ein kostenloses U18-Ticket realisiert werden kann.
- Um die seit drei Jahrzehnten laufenden Diskussionen zur sogenannten Havelspange fachlich begründet abzuschließen, wird die von der vorherigen Stadtverordnetenversammlung beschlossene Prüfung zum 3. Havelübergang und die Umgehungsstraße schnellstmöglich beendet. Wenn das Prüfergebnis die fehlende Finanzierbarkeit, naturschutzrechtliche oder umweltverträgliche Hindernisse und eine fehlende Entlastungswirkung für den Innenstadtverkehr bestätigt, werden wir keine weiteren Prüfungen mehr vornehmen und uns endgültig von diesem Projekt verabschieden.

2.4. Radverkehr

Fahrradfahren schont das Klima, fördert die Gesundheit, erzeugt keine Abgase oder Lärm und vermindert Staus. Der positive Effekt des Radverkehrskonzeptes der Stadt Potsdam ist spürbar. Deshalb wollen wir den Anteil des Fahrradverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen deutlich erhöhen; perspektivisch auf 40 Prozent. Der Ausbau eines guten Radwegenetzes ist deutlich preisgünstiger und nachhaltiger, deswegen planen wir:

- die weitere Umsetzung des Radverkehrskonzeptes finanziell abzusichern.
- Bestehende Lücken im Radwegenetz werden geschlossen.
- Der Radschnellweg von Krampnitz nach Potsdam wird parallel mit den ersten Wohnbebauungen in Krampnitz realisiert.
- Ampelschaltungen an Radschnellwegen werden mit Vorrang für Radverkehr geschaltet.
- Für eine höhere Radfahrsicherheit müssen entsprechend Flächen für sichere Radwege zur Verfügung stehen.

2.5. Grün und Wasser

Auch unter hohem Wachstumsdruck lässt sich in Potsdam ausreichend Grün erhalten, in guter Qualität aber nur durch überlegte Entwicklung der Siedlungen und den Schutz wertvollen Grüns. Denn unsere einmalige Naturlandschaft ist ein entscheidender Punkt für hohe Lebensqualität und die Attraktivität Potsdams. Deshalb wollen wir:

- dem behutsamen Umgang mit Naturflächen und Parkanlagen eine hohe Priorität einräumen;
- Wasser und Wasserrandflächen schützen und Wasserbiotope in der Landschaft sichern;
- ein Wassermonitoring einführen;
- Wasser in der Landschaft halten und so auch langfristig die Trinkwasserbereitstellung und Abwasseraufbereitung sichern sowie
- Kleingartenanlagen erhalten und ausbauen.

3. Soziales, Bildung und Kultur

Wir wollen ein Potsdam, in dem die Menschen solidarisch miteinander umgehen, ein Potsdam für alle. Wir wollen, dass Beruf und Familie vereinbar sind. Deshalb stehen wir zu den hohen Kinderbetreuungsquoten. Wohnortnahe und rechtzeitig geplante und gebaute Schulen und Kitas sind unser Anspruch an die neue integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung der Stadt. 15 Prozent der Potsdamer Kinder sind von Armut bedroht. Kinderarmut bekämpfen und allen Kindern und Jugendlichen gleiche Lebenschancen zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden in Potsdam unseren Beitrag dazu leisten, die Folgen dieser Ungerechtigkeit für unsere Kinder abzuschaffen.

SPD, GRÜNE und LINKE verfolgen folgende Zielsetzungen und Vorhaben:

3.1. Schule und Bildung

In Potsdam mangelt es noch immer an Plätzen für Kitas, Schulen und Sportanlagen. Es besteht zudem an einigen Schulen noch immer ein erheblicher Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Eine zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt, was sich besonders auf Kindern aus benachteiligten Familien auswirkt. Deshalb wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Eine integrierte, inklusive, ökologische und wirtschaftlich nachhaltig orientierte, Schulentwicklungs-, Hort- und Kitaplanung für die gesamte Stadt.
- Stärkung und Ausbau von Ganztagschulen mit dem Ziel der Erhöhung der Schulen mit gebundenem Ganztagsangebot.
- Wir werden nur weiterführende Schulen errichten, die alle Schulabschlüsse anbieten.
- Förderung von reformpädagogischen, modernen und vielfältigen Ansätzen an staatlichen Schulen.
- Erhöhung der finanziellen Ressourcen für die Instandhaltung von Schulen und Kitas.
- Einheitliche IT-Standards im Rahmen der Umsetzung eines nachhaltigen Gesamt-IT-Konzeptes für Schulen unter Einbeziehung der Schulen.
- Hitzeschutz schaffen und zugleich Aufenthaltsqualität an Schulen verbessern durch Bäume oder Fassaden- und Dachbegrünung auf Schulhöfen und Kita-Freigeländen.

- Schulen und Kitagebäude multifunktional planen, damit auch eine Nutzung, beispielsweise als Stadtteilzentren, möglich ist.
- Das Prinzip „Kurze Beine - kurze Wege“ bei der Grundschulplanung beibehalten.
- Bedarfsgerechte Ausweitung eines kostenlosen Frühstücks und Mittagessens ohne Nachweis der Bedürftigkeit an allen Potsdamer Schulen mit (sozial-)pädagogischer Begleitung.
- Ökologische und gesunde Ernährung von regionalen Anbietern und Produkten an Schulen wird gefördert.
- Weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit an den Potsdamer Schulen.
- Stärkung der Umweltbildung an Schulen und Kitas durch Unterstützung aus dem Klimafonds.
- Evaluation der Qualitätsstandards der Schulreinigung und Prüfung einer Rückführung in kommunale Hand.

3.2. Gute Kita

- Umsetzung der vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Qualitätsstandards in allen Kitaeinrichtungen („Gute Kita“).
- Einhaltung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in allen Einrichtungen: gutes, gesundes Essen in allen Einrichtungen.
- Frühstück und Vesper werden in den Einrichtungen entsprechend den gesetzlichen Grundlagen ohne zusätzliche Gebühr angeboten.
- Die Personalkosten für lange Betreuungszeiten werden weiter aus dem städtischen Haushalt finanziert, solange das Land seiner Verantwortung hier nicht nachkommt.
- Förderung Fortbildung von Kitapersonal über die Kitafinanzierungs-Richtlinie.
- Besondere Förderung von Kitaträgern, die Erzieher und Erzieherinnen über den eigenen Bedarf hinaus aus- und fortbilden und so dem Fachkräftemangel entgegenzutreten.
- Einrichtung von Kitas in kommunaler Trägerschaft durch Bildung eines kommunalen Eigenbetriebes.

3.3. Jugendarbeit in Potsdam

- Schaffung und/oder Ausbau vielfältiger, bedarfsorientierter und wohnortnaher Angebote vor allem im Potsdamer Norden und in den Ortsteilen.
- Konzeptionelle Überarbeitung des Jugendförderplans. Gemeinsam mit den Potsdamer Jugendlichen neue moderne, inklusive Konzepte entwickeln.
- Ausbau der Regionalteams des Jugendamtes zu einem umfassenden Beratungs- und Unterstützungsangebot für Familien, bei dem alle Kind- und familienbezogenen Unterstützungsleistungen aus einer Hand beantragt werden können und auch Beratung zu Unterstützungsangeboten Dritter erfolgt.
- Maßnahmenplan Kinderarmut fertigstellen und umsetzen.
- Unterstützung und Förderung soziokultureller Angebote.
- Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über die pflichtigen Beteiligungsverfahren hinaus und Stärkung der Rolle des Kreisschülerrates und bestehender Gremien.
- Dauerhafte Förderung des Kinder- und Jugendbüros und des Stadtjugendrings.
- Prüfung der Einführung einer „Bildungskarte“, um den Zugang zu Bildungs- und Teilhabe-Mitteln zu entbürokratisieren, diskriminierungsfrei, niedrigschwellig, für die betroffenen Kinder zu ermöglichen und für die Verwaltung übersichtlicher zu gestalten.

3.4. Leben im Alter

Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt wird angesichts einer alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund treten. Dies betrifft Fragen des Wohnens im Alter und der Barrierefreiheit genauso wie Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen. Folgende Maßnahmen planen wir:

- Schaffung von mehr bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum, um lebenslanges Wohnen zuhause zu ermöglichen.
- Unterschiedliche Wohnformen fördern (s. Kapitel 1.2. Bauen).
- Netzwerk „Älterwerden in Potsdam“ öffnen mit niederschweligen Angeboten.
- Ausbau und Vernetzung sozialer Hilfsangebote zur Verbesserung der Teilhabe älterer Menschen in Zusammenarbeit mit freien Trägern (Hilfe und Unterstützung im Alltag, z.B. für von Altersarmut Betroffene).

- Entwicklung von Handlungsstrategien gegen die Isolation älterer Bürgerinnen und Bürger und deren Folgen.
- Etablierung von Begegnungsräumen in den Ortsteilen mit einem zunehmenden Anteil älterer Bürgerinnen und Bürger. Dazu planen wir eine Fachkonferenz.

3.5. Gesundheit

Wir wollen eine gerechte, solidarische und barrierefreie gesundheitliche Betreuung und Versorgung. Deshalb werden wir:

- die dezentrale ärztliche Versorgung insbesondere in Ärztehäusern unterstützen;
- die Wiedereinrichtung einer Babyklappe in der Stadt einfordern;
- prüfen lassen, ob ein personeller Ausbau des Pflegestützpunktes und die Schaffung weiterer dezentraler Beratungsangebote in den Stadt- und Ortsteilen möglich ist.

3.6. Sport bewegt Potsdam

Der Sport gehört zu den wichtigen Säulen einer lebenswerten Stadt. Darum bekennt sich die Kooperation zum Breiten- und Spitzensport in Potsdam.

- Auch in Zukunft sollen die Vereine die Sporthallen und Sportflächen in Potsdam entgeltfrei nutzen können.
- Die Kapazität der Sportanlagen soll erhöht werden, hier soll bedarfsorientiert und stadtteilspezifisch geplant werden.
- Die Auslastung der bestehenden Sportanlagen soll durch ein optimiertes, transparentes Sportflächennutzungsmanagement weiterentwickelt werden.
- Behutsame Entwicklung neuer Sportstandorte im Hinblick auf nachbarschaftliche Freiräume für Mensch und Natur.
- Schulsportplätze werden für den Vereinssport und den nichtorganisierten Sport geöffnet.
- Flächen für den nichtorganisierten Sport und den Freizeitsport sollen geplant werden.
- Vereine, die gezielt frühkindliche Sportangebote sowie Angebote für Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit Beeinträchtigung schaffen (wollen), werden gesondert gefördert.

- Wir wollen eine verlässliche, transparente und nachvollziehbare Vergabe von Sportfördermitteln. Dazu wollen wir ein neues Konzept, das die Stadt und die kommunalen Unternehmen gemeinsam entwickeln.

3.7 Inklusion

Zu einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft gehört auch die Unterschiedlichkeit aller Menschen. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Beeinträchtigungen wollen wir weitere Barrieren abbauen, so wie es im Teilhabeplan der Stadt Potsdam beschrieben ist. Darüber hinaus wollen wir:

- den Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam konkretisieren und ausgewählte Maßnahmen mit Zeit- und Finanzierungsrahmen umsetzen;
- Inklusion als Umsetzungs- und Finanzierungsvorbehalt bei allen baulichen Entscheidungen beachten;
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum in öffentlichen Gebäuden, auf Straßen und Gehwegen fördern;
- Fachliche Qualitätsstandards im Rahmen der Erbringung von Pflichtleistungen und freiwilligen sozialen Leistungen beachten und verankern;
- „Runde Tische“ mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen im Hoch- und Tiefbau umsetzen.

3.8. Kultur

Potsdam zeichnet eine große Vielfalt und ein hohes Niveau kultureller Angebote und Beteiligungsmöglichkeiten aus. Um diese vielfältige und lebendige Kulturlandschaft zu erhalten und weiterzuentwickeln, wollen wir die kulturellen Institutionen, Veranstaltungen und Szenen unserer Stadt auch zukünftig weiter fördern und ausbauen.

Deshalb werden wir:

- die kulturpolitischen Leitlinien aktualisieren, um kulturelle Vielfalt und Teilhabemöglichkeiten in der wachsenden Stadt zu sichern und neue Entwicklungsräume zu eröffnen;
- das städtische Konzept zur kulturellen Bildung umsetzen und fortschreiben;

- Einrichtungen der Soziokultur, wie beispielsweise den Lindenpark oder freiLand sichern;
- zusätzliche Atelier- und Bandprobenräume schaffen;
- das Kunst- und Kreativquartier bis 2023 fertigstellen.
- Das Kulturareal Schiffbauergasse erhalten wir. An dem Plan, die Garde-Husaren-Kaserne für Kunst und Kultur zu entwickeln, halten wir fest.
- Dezentrale Bürgerhäuser bereichern wir durch Angebote von Kunst, Kultur und kultureller Bildung. Das Begegnungszentrum „Oskar“ dient hierfür als Vorbild für die Stärkung der kulturellen Stadtteilarbeit.
- Die freie Kulturszene wird durch die Mitfinanzierung von Kostensteigerungen weiter unterstützt. Neben den geltenden Vergabe- und Mindestlöhnen braucht es auch Honoraruntergrenzen.
- Die Honorare der städtischen Musikschule werden denen der Volkshochschule angeglichen.
- Weiterentwicklung des Stadtmarketings unter stärkerer Einbeziehung des Kultur- und Wissenschaftsmarketings.
- Die dreijährige Kulturförderung für Institutionen, Projekte und Festivals wird beibehalten beziehungsweise eingeführt.
- Regionale Künstlerinnen und Künstler bei „Kunst am Bau“ oder Kunst im öffentlichen Raum werden stärker einbezogen.

4. Digitalisierung, moderne Verwaltung, Arbeit, Partizipation

Die wachsende Stadt braucht eine leistungsfähige, moderne und personell gut aufgestellte Verwaltung. Der anstehende Generationenwechsel in der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam soll auch dafür genutzt werden, mehr Frauen in Führungsverantwortung zu bringen. Wir wollen gute Arbeit für alle Einkommensgruppen schaffen und erhalten. Kommunale Unternehmen der Daseinsvorsorge müssen dabei eine Vorbildfunktion einnehmen und attraktive Arbeitgeber sein. Wir wollen weiterhin den Wissenstransfer zwischen Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft durch Kooperationen stärken, damit Potsdam die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzt. Wir werden die Beteiligungsmöglichkeiten für alle Potsdamerinnen und Potsdamer weiter qualifizieren und die Transparenz des Verwaltungshandelns stärken. Bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe sind die zentralen Säulen unseres städtischen Lebens.

SPD, GRÜNE und LINKE verfolgen folgende Zielsetzungen und Vorhaben:

4.1. Verwaltungsmodernisierung

Die Grundlage einer anstehenden Verwaltungsmodernisierung ist ausreichendes, gut ausgebildetes und motiviertes Personal, das die Aufgaben zeitnah, korrekt und dienstleistungsorientiert erfüllt. Damit dies gelingt, haben wir verabredet:

- Weitere Sanierungsarbeiten auf dem Verwaltungscampus und die Errichtung notwendiger Neubauten werden unterstützt.
- Eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung des IT-Service der Stadtverwaltung soll sichergestellt werden, um eine professionelle Betreuung der IT-Infrastruktur und die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten realisieren zu können.
- Das E-Government wird vorangetrieben, damit die Bürgerinnen und Bürger möglichst viele Service-Leistungen online erledigen können.
- Langfristig wird eine Umstellung der Stadtverwaltung auf freie und quelloffene Software angestrebt.

4.2. Gute Arbeit

Die Stadtverwaltung und städtische Unternehmen sollen mit guten Arbeitsbedingungen, vorbildlichen Beteiligungsprozessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Zahlung von Tariflöhnen, attraktiven Arbeitsbedingungen, Job-Ticket oder Betriebskita zum Vorbild für andere werden. Weiterhin verabreden die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken:

- Der Anteil weiblicher Führungskräfte soll weiter erhöht werden. Dazu wird das Frauen-Mentoring-Programm weitergeführt und freiwerdende Stellen auf Fachbereichsleiterenebene oder höher bevorzugt an Frauen vergeben.
- Die Fraktionen verpflichten sich, für eine paritätische Besetzung von Führungsfunktionen in der Stadtverwaltung, öffentlichen Ämtern sowie in Aufsichtsräten und Vorständen von städtischen Gesellschaften zu sorgen.
- Auf der Grundlage einer langfristigen Bedarfsprognose sollen weitere Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen eingerichtet werden.
- Eine Übernahmegarantie bei Ausbildungserfolg wird ausgesprochen.
- Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund soll erhöht werden.
- Die fünf Prozent Beschäftigungsquote von Menschen mit Beeinträchtigung wird durch die Verabschiedung einer Inklusionsvereinbarung zwischen Schwerbehindertenvertretung und Verwaltungsleitung umgesetzt.

4.3. Klinikum Ernst von Bergmann

Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen im Klinikum Ernst von Bergmann ein. Für uns ist die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von großer Bedeutung. Wir streben daher an:

- für die Bezahlung der Beschäftigten des Klinikums Ernst von Bergmann schnellstmöglich unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zurückzukehren.
- Konzernbetriebsrat und Geschäftsführung sollen eine Konzernbetriebsvereinbarung aushandeln, die einen Mindestpersonalschlüssel in der Pflege, die Evaluation der Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Mitbestimmung der Beschäftigten umfasst.

- Statt weiterer Ausgliederungen prüfen wir die schrittweise Zurückführung der Töchter in den Mutterkonzern.
- Die in den letzten zwei Jahren deutlich gestiegene Ausbildungsquote wird beibehalten oder erhöht.

4.4. Engagement und Beteiligung

Unsere Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass:

- besonders in Frühphasen von Planungsverfahren Werkstattverfahren proaktiv eingesetzt werden, um Interessen zu klären und Ziele verbindlich festzulegen;
- Online-Beteiligungsverfahren, beispielsweise durch Erprobung von Plattformen für strukturierte Debatten stärker genutzt werden;
- der Beteiligungsbeirat, die Werkstatt für Beteiligung und die Begegnungshäuser als wesentlicher Instrumente der Bürgerkommune stärker einbezogen werden.
- Die Werkstatt für Beteiligung soll bedarfsgerecht ausgestattet werden.
- Anlassunabhängige Bürgerversammlungen in den Stadt- und Ortsteilen sollen in einem festen Turnus durchgeführt werden. In diesen werden anstehende Vorhaben vorgestellt, Entscheidungen vorbereitet und konkrete Beteiligungsprozesse initiiert.
- Das Konzept „Kinderfreundliche Kommune“, insbesondere Maßnahmen zur Stärkung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, werden in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendbüro und dem Stadtjugendring umgesetzt.
- Eine Stärkung der Beiräte (Migrantenbeirat, Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen, Seniorenbeirat) erfolgt mit dem Ziel, die vielfältigen Potenziale der Interessensgruppen besser für die Entwicklung der Stadtgesellschaft zu nutzen.
- Der Bürgerhaushalt wird weiterentwickelt.

4.5. Transparenz

Alle Formen der demokratischen Teilhabe beruhen auf der Grundvoraussetzung, dass Bürgerinnen und Bürger informiert mitdiskutieren und entscheiden sollen. Deshalb werden wir:

- das Open-Data-Portal massiv ausbauen mit Veröffentlichung von Verwaltungsdaten. Ziel ist eine Veröffentlichung aller Verwaltungsdaten, die nicht einem besonderen Schutz unterliegen (wie beispielsweise personenbezogene Daten);
- ein zentrale Transparenz- und Beteiligungsplattform für alle städtischen Bauleitplanungen einrichten;
- Veröffentlichung von Informationen der Verwaltung in leichter Sprache sichern;
- das Verfahren der Einwohnerfragestunde erleichtern und Frage-Kriterien überprüfen;
- eine Modernisierung der städtischen Internetpräsenz und der Kanäle der sozialen Medien anstoßen.

4.6. Digitalisierung

Unser Leben ist in vielfältiger Weise von der Digitalisierung berührt. Wir wollen die neuen Möglichkeiten nutzen, um Menschen näher zusammenzubringen und Prozesse demokratischer und transparenter zu gestalten, Verwaltung effizienter zu machen sowie Teilhabe zu stärken. Deshalb werden wir:

- den schrittweisen Aufbau eines kostenfrei zugänglichen und stadtweiten WLAN's planen unter aktiver Einbindung und Förderung von zivilgesellschaftlichen Gruppen an der Schnittstelle zwischen Politik und Technik wie die Open-Data-Community oder freifunk;
- ein Smart City-Konzept initiieren: kleinteilige, offene und in Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürger und Zivilgesellschaft entwickelte Konzepte zur gemeinwohlorientierten Nutzung städtischer Daten.

5. Verantwortung von Bund und Land

Für eine nachhaltige Verbesserung der kommunalen Haushaltslage ist es unabdingbar, dass Bund und Land ihre Unterstützung für die Kommunen erweitern. Grundlegende Verbesserungen des Finanzsystems zugunsten der kommunalen Ebene werden daher auch in der Erweiterung der Förderkulisse auf die Stadt und ihre Ortsteile ein wichtiges Thema sein, für das wir uns auf allen politischen Ebenen stark machen werden.

SPD, GRÜNE und LINKE werden sich beim Land deshalb für folgende Zielsetzungen und/oder Vorhaben einsetzen:

- Wir fordern von Bund und Land mehr Unterstützung beim Klimaschutz mit dem Ziel, dass Klimaschutzmaßnahmen Potsdams nachhaltig unterstützt und gefördert werden.
- Erweiterung der Förderkulisse des Landes auf die Gesamtstadt, insbesondere die Ortsteile.
- Übernahme von Investitionskosten für das Klinikum durch das Land.
- Schaffung von gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung weiterer Mehrgenerationenhäuser und Pflege-Wohngemeinschaften.
- Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Verhinderung gewerblicher Umnutzung von Wohnraum, z.B. durch Airbnb und spekulativem Leerstand von Wohnraum.
- Dem Studentenwerk Kreditaufnahme für den Bau von Wohnheimen ermöglichen.
- Eine aktuellen Anforderungen entsprechende Raumbedarfsplanung für Schulen.
- Multiprofessionelle Teams an Schulen, Schulkrankenschwestern, Psychologen.
- Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssels.
- Zügige Verdichtung von Regionalbahnangeboten und Reaktivierung der Stammbahn.
- Prüfung der Einführung eines 365€-Tickets im Verkehrsverbund Berlin Brandenburg.
- Beschleunigter Ausbau von Radwegen an Landesstraßen im Bereich der Landeshauptstadt Potsdam.
- Wir wollen eine transparente und nachvollziehbare Förderung des Leistungs- und Spitzensports und dazu einen Runden Tisch zwischen Bund, Land und Kommunen.
- Förderung und Unterstützung der überregionalen Zusammenarbeit.

6. Haushalt

SPD, GRÜNE und LINKE streben weiterhin einen investitionsorientierten Haushalt an. Dazu sind zahlungswirksame Überschüsse im Ergebnishaushalt notwendig.

Im Rahmen der bevorstehenden Erarbeitung des Haushalts 2020/2021 und der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2024 werden wir in Kenntnis der finanziellen Möglichkeiten der Landeshauptstadt Potsdam für die kommenden Jahre eine Priorisierung, Konkretisierung und Terminierung der Maßnahmen vornehmen und diese zur Diskussion und Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung stellen.

7. Grundsätze der Zusammenarbeit

SPD, GRÜNE und LINKE haben sich auf folgende Form der Zusammenarbeit in der Stadtverordnetenversammlung geeinigt:

- Zur Abstimmung der Zusammenarbeit findet zwischen den Fraktionsvorsitzenden der Kooperationspartner ein enger und regelmäßiger Informationsaustausch statt.
- Zu inhaltlichen Fragen werden sich die Fraktionsvorsitzenden und die Fachpolitiker regelmäßig verständigen.
- In Vorbereitung von Stadtverordnetenversammlungen werden die Fraktionsvorsitzenden vor den jeweiligen Fraktionssitzungen wichtige Anträge gemeinsam besprechen. Anträge aus einer Fraktion werden erst den Partnern zur Mitantragsstellung angeboten, bevor andere Fraktionen gefragt werden.
- Die Kooperationspartner streben in der Stadtverordnetenversammlung zu den in der Kooperationsvereinbarung genannten Themen ein einheitliches Stimmverhalten an.
- Bei Personalbesetzungsverfahren verständigen sich die Partner vor Eröffnung von Stellenbesetzungsverfahren für herausgehobene Positionen in Verwaltung und städtischen Unternehmen auf Anforderungen und Verfahren.
- Jeweils vor der Einreichung des Haushaltsentwurfs durch den Kämmerer treffen sich die Fraktionen zu einer gemeinsamen Haushaltsklausur.
- Zu Beginn des Jahres 2022 sollen die Ergebnisse der Zusammenarbeit und die gemeinsam erreichten Ziele evaluiert werden mit dem Ziel, die weiteren Meilensteine für die zweite Hälfte der Wahlperiode festzusetzen.

Potsdam, den xx. September 2019

Für die
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Unterbezirk Potsdam

Für die SPD-Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
Potsdam

Für die SPD-Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
Potsdam

David Kolesnyk

Imke Eisenblätter

Daniel Keller

Für
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Potsdam

Für
Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Potsdam

Für die Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
in der
Stadtverordneten-
versammlung Potsdam

Für die Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
in der
Stadtverordneten-
versammlung Potsdam

Carolin Herrmann

Lars Gindele

Janny Armbruster

Gert Zöller

Für die Partei
DIE LINKE
Kreisverband Potsdam

Für die Fraktion DIE LINKE
In der Stadtverordnetenversammlung von
Potsdam

Kati Biesecke und Stefan Wollenberg

Stefan Wollenberg